

Antrag - öffentlich nach § 48 Abs. 2 Satz 1 GO NRW
Drucksachen-Nr. 1413065
Externes Dokument

Antragsteller/in GRÜNE-Fraktion, LINKE-Fraktion, Piraten-Gruppe	Eingangsdatum 25.11.2014
gez. Brigitta Poppe	Ratsbüro
f.d.R. Sophie Goebel, Anatol Koch, Julia Seeliger	
Datum 30.10.2014	Unterschrift

Betreff Gefahrguttransporte durch die Stadt - Atomtransporte
--

* Zuständigkeiten	1 = Beschluss 5 = Anreg. an Rat	2 = Empf. An Rat 6 = Anreg. an HA	3 = Empf. an HA 7 = Anreg. an FachA	4 = Empf. an BV 8 = Anreg. an OB
Gremium Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz	Sitzung 18.12.2014	Ergebnis	Z. * 1	

Inhalt des Antrages

Der Umweltausschuss der Stadt Bonn lehnt den Transport von Kernbrennstoffen und seinen Vorprodukten, insbesondere Uranerzkonzentrat und Uranhexafluorid, sowie radioaktiven Abfallprodukten aus Atomanlagen über das Gebiet der Stadt Bonn ab.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, diese ablehnende Haltung der Landesregierung NRW, dem Bundesamt für Strahlenschutz, dem Eisenbahnbundesamt und den kommunalen Spitzenverbänden (Deutscher Städtetag, Städte- und Gemeindebund NRW) vorzutragen.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit anderen von Atomtransporten betroffenen Kommunen ein kommunales Bündnis gegen Atomtransporte einzugehen. Dieses Bündnis soll bei der Landesregierung NRW und den zuständigen Stellen darauf hinwirken, dass diese Atomtransporte eingestellt oder massiv reduziert werden und umfassende Informationen an die betroffenen Kommunen über bevorstehende Atomtransporte erteilt werden.

Begründung

Nukleartransporte im Zusammenhang mit dem Betrieb von Atomkraftwerken stellen seit Jahren ein erhebliches Risiko für die Menschen entlang den Transportrouten dar. Die Geheimhaltung dieser Transporte durch

Regierungen und Genehmigungsbehörden erhöht nochmals das Risiko und das Misstrauen.

Die lange Liste an Transportunfällen und Beinahe-Katastrophen belegen das enorme Risikopotenzial von Urantransporten (1). Die Stadt Bonn mit seiner Lage an der Haupttransportroute zwischen der Hafenstadt Hamburg und den Hauptempfängerländern für Nuklearmaterial Frankreich und Schweiz sowie mit seiner Nähe zu den Atomanlagen Gronau (Urananreicherung), Lingen (Brennelementfabrik) und Ahaus (Zwischenlager) ist davon in besonderer Weise betroffen. Die dokumentierten Atomtransporte der letzten Wochen belegen dies (2).

Neben Kernbrennstoffen geht es bei diesen Transporten vor allem um die beiden Vorprodukte Uranerzkonzentrat und Uranhexafluorid. Uranerzkonzentrat wird als feines, staubförmiges Pulver transportiert. Bei einer Freisetzung wird diese radioaktive Substanz vom Wind weiträumig verteilt, legt sich auf alle Oberflächen, wird leicht eingeatmet und setzt sich so im menschlichen Körper fest. Uranhexafluorid besitzt neben seiner Radioaktivität eine extrem hohe chemische Giftigkeit. In Verbindung mit der Feuchtigkeit der Luft entsteht umgehend hochätzende Flußsäure, die eine sofortige Evakuierung der betroffenen Stadtteile erforderlich macht.

Eine sofortige, angemessene und umfassende Hilfeleistung für die betroffene Bevölkerung von Seiten der Feuerwehr und anderer Hilfseinrichtungen ist äußerst unwahrscheinlich. Am 17. September 2013 wurde ein Super-GAU im AKW Emsland bei Lingen simuliert, wobei Bund und Länder entsprechende Hilfsmaßnahmen einzuleiten hatten. Das Ergebnis war ein Desaster (3).

Für Bonn gibt es keinen ausgearbeiteten und erprobten Einsatzplan für Evakuierung betroffener Stadtteile (4). Allein die Evakuierung der zahlreichen sensiblen Einrichtungen wie Altenheime, Schulen, Kindergärten, Behinderteneinrichtungen und Krankenhäuser muss die Hilfskräfte vor unlösbare Aufgaben stellen.

Ein wirklicher Schutz ist nur gewährleistet, wenn keine Atomtransporte mehr stattfinden. Die Umsetzung der Punkte im vorliegenden Antrag an den Rat der Stadt Bonn ist ein erster Schritt auf dieses Ziel. Da eine einzelne Kommune keine Möglichkeit hat, eine Änderung in der derzeitigen Praxis der Nukleartransporte durchzusetzen, ist ein gemeinsames Vorgehen mit anderen betroffenen Gemeinden unerlässlich. Dazu soll ein kommunales Bündnis gegen Atomtransporte geschaffen werden.

1) www.wise-uranium.org

2) siehe General-Anzeiger vom 19.5.14, 22.8.14, 25.9.14, 9.10.14

3) www.taz.de/rechercheblog und Bonner Rundschau vom 27.10.2014

4) Stellungnahme der Verwaltung vom 28.6.2013, DS-Nr. 1312049ST2 sowie vom 9.12.09, DS-Nr. 0912874ST2